SATZUNGSÄNDERUNG DER GENOSSENSCHAFT
WOHNWAGENPARK SIRJANSLAND U.A.

Am heutigen Tag ist * vor mir erschienen,

Neeltje Elisabeth Soeters-Schot, Notarin in Schouwen-Duiveland:

1. Herrn Frits Pieter Hoorweg, wohnhaft in....., geboren in Rotterdam am einundzwanzigsten August neunzehnhundertfünfundfünfzig, verheiratet;
2. Frau Claudia Cindy Knol, wohnhaft in..... geboren in Rotterdam am dritten Juni neunzehnhundertachtundsiebzig, verheiratet;

handelnd als gemeinsame Geschäftsführer der Genossenschaft:

Coöperatieve Vereniging Caravanpark Sirjansland U.A., mit Sitz in der Gemeinde Duiveland, Adresse 4308 AD Sirjansland, Gemeinde Schouwen-Duiveland, Zandweg 3, eingetragen im Handelsregister der Industrie- und Handelskammer unter der Nummer 22021258, nachstehend: „die Genossenschaft“ genannt, und als solche bevollmächtigt, die Änderung der Satzung notariell zu beurkunden.

Die Erschienenen haben vor mir, dem Notar, folgende Erklärungen abgegeben:

EINLEITUNG

1. Die Genossenschaft wurde am achtundzwanzigsten Oktober neunzehnhundertsiebenundsiebzig durch notarielle Urkunde gegründet.
2. Die Satzung der Genossenschaft wurde zuletzt durch eine notarielle Urkunde geändert, die am 11. Januar neunzehnhundertachtundsiebzig vor einem Vertreter von Dirk van Eck, damals Notar in Zierikzee, errichtet wurde.
3. Am * hat die Generalversammlung der Genossenschaft beschlossen, die Satzung der Genossenschaft zu ändern.
Das Dokument, das diesen Beschluss belegt, ist dieser Urkunde beigelegt.

SATZUNGSÄNDERUNG

Infolge des Beschlusses zur Änderung der Satzung lautet die Satzung mit sofortiger Wirkung wie folgt:

STATUTEN

Artikel 1 - Name und Sitz

1. Die Genossenschaft führt den Namen: „**Coöperatie Caravanpark Sirjansland U.A.**“.
2. Die Genossenschaft hat ihren Sitz in der Gemeinde Schouwen-Duiveland.

Artikel 2 – Zweck

1. Die Genossenschaft übt zum Nutzen ihrer Mitglieder folgende Tätigkeit aus oder lässt sie ausüben. Mit diesem Geschäft werden folgende Tätigkeiten ausgeübt:
  - die Verwaltung des Wohnwagenparks Sirjansland;
  - Verfolgung der Entwicklung, der Aktivitäten und der finanziellen Lage der Genossenschaft und die Beteiligungen der Genossenschaft;
  - Entwicklung einer Vision und Strategie für die Genossenschaft und ihre Beteiligungen der Genossenschaft;

- mindestens jährliche Berichterstattung an die Mitglieder über die oben genannten Entwicklungen, Tätigkeiten und die Finanzlage sowie über Änderungen der Vision und/oder Strategie;
und alle damit zusammenhängenden oder dazu dienenden Dienstleistungen zu fördern.
- 2. Die Genossenschaft sorgt für den materiellen Bedarf ihrer Mitglieder auf der Grundlage von Verträgen, die mit ihnen im Rahmen der Tätigkeit, die die Genossenschaft ausübt oder ausüben lässt, geschlossen werden.
- 3. Die Genossenschaft kann die Verträge, die sie mit ihren Mitgliedern schließt, auch mit Dritten abschließen, jedoch nicht in einem Umfang, der die Verträge mit den Mitgliedern in den Hintergrund treten lässt.
- 4. Die Genossenschaft sorgt für die Instandhaltung des Parks und die Pflege der Gebäude und des Parks, soweit sie nicht ausschließlich von den Mitgliedern genutzt werden.
- 5. Die Mittel der Genossenschaft setzen sich zusammen aus:
Eintrittsgeldern, Anmeldegebühren, Mitgliedsbeiträgen, etwaigen Erwerben aufgrund von Erben, Vermächtnissen, Einnahmen aus der Vermietung von Stellplätzen, deren Eigentümer die Genossenschaft ist Eigentümer des Stellplatzes, Erträge aus dem Vermögen der Genossenschaft, alle anderen Einkünfte, die die Genossenschaft anderweitig erzielen kann, sowie Spenden aus anderen rechtmäßigen Mitteln

Artikel 3 - Von den Mitgliedern zu erfüllende Bedingungen

1. Mitglieder können volljährige natürliche und juristische Personen sein, die einen Stellplatz auf dem Campingplatz Sirjansland haben.
2. Die Entscheidung über die Aufnahme oder Ablehnung von Mitgliedern obliegt dem Vorstand. Um eine Mitgliedschaft zu erwerben, die das Recht auf die Nutzung eines oder mehrerer Stellplätze beinhaltet, sind verpflichtet, ein vom Vorstand festzulegendes Teilnahmegebühr in die Kasse der Genossenschaft zu zahlen, die Höhe der Teilnahmegebühr wird in einem gesonderten Reglement festgelegt.
3. Die Mitgliedschaft und die damit verbundenen Rechte und Pflichten sind unteilbar.
4. Ein Mitglied kann über mehr als einen Stellplatz verfügen, wobei ein Mitglied höchstens zwei aufeinanderfolgende Stellplätze veräußern kann. In diesem Fall ist es berechtigt, unter Beibehaltung der Mitgliedschaft für einen oder mehrere Stellplätze die Mitgliedschaft und die damit verbundenen Rechte und Pflichten in Bezug auf die mehreren Stellplätze auf ein oder mehrere Mitglieder oder auf eine oder mehrere Personen zu übertragen, die sich als Kandidat(en) zur Verfügung gestellt haben, und zwar vorbehaltlich und mit den Folgen, die in dieser Satzung im Zusammenhang mit der Übertragung der Mitgliedschaft vorgesehen sind.
5. Eine Person, die mehr als ein Mitgliedschaftsrecht besitzt, hat für jedes Mitgliedschaftsrecht die mit einem Mitgliedschaftsrecht verbundenen Rechte und Pflichten, mit Ausnahme der Stimmrechte, wie nachstehend definiert.

Artikel 4 - Antrag, Aufnahme, Ruhen und Verwaltung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft ist schriftlich beim Vorstand zu beantragen, wobei alle vom Vorstand verlangten Angaben zu machen sind. Innerhalb eines Monats nach Eingang des Aufnahmeantrags entscheidet der Vorstand über die Aufnahme oder Nichtaufnahme.
2. Die Aufnahme oder Nichtaufnahme als Mitglied wird dem Antragsteller schriftlich mitgeteilt.

Im Falle der Ablehnung der Aufnahme durch den Vorstand kann die Mitgliederversammlung dennoch über die Aufnahme entscheiden. Beschluss. Die Mitgliederversammlung kann ihre Befugnisse zu diesem Zweck an einen von ihr gebildeten Ausschuss übertragen. Dieser Ausschuss muss aus mindestens drei Personen bestehen Personen, die nicht dem Vorstand angehören dürfen. Das Gremium, das über die Aufnahme entscheidet, bestimmt auch den Zeitpunkt des Beginns der Mitgliedschaft.

3. Der Vorstand führt ein namenliste, in der die Namen der Mitglieder aufgeführt sind. Die Namensliste kann von den Mitgliedern eingesehen werden.
4. Der Vorstand kann neben der Mitgliederliste weitere Daten seiner Mitglieder im Mitgliederverzeichnis führen.
Hat ein Mitglied der Einberufung einer Mitgliederversammlung durch elektronische Übermittlung zugestimmt, so wird die von dem Mitglied zu diesem Zweck mitgeteilte Anschrift in das Mitgliederverzeichnis eingetragen.
5. Ein Mitglied kann vom Vorstand für einen Zeitraum von höchstens drei Monaten suspendiert werden, wenn es gegen die Satzung, die Ordnungen oder die Beschlüsse der Genossenschaft verstößt oder die Genossenschaft in unzumutbarer Weise schädigt. Während dieses Zeitraums der Suspendierung kann das Mitglied seine Mitgliedsrechte nicht ausüben. Seine Mitgliedspflichten bleiben bestehen.
6. Innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung über die Suspendierung kann das Mitglied bei der Streitschlichtungsausschuss und sie dort zu verteidigen. Zu diesem Zweck ist der Vorstand verpflichtet, die Streitschlichtungsausschuss innerhalb von vier Wochen nach Eingang der Berufungsmittelung einberufen. Während der Berufungsfrist und bis zum Abschluss des Berufungsverfahrens bleibt das Mitglied suspendiert.

Artikel 5 - Übertragung, Übergang und Beendigung der Mitgliedschaft

Übertragung

1. Die Mitglieder sind berechtigt, ihre Mitgliedschaft mit den damit verbundenen Rechten und Pflichten zu veräußern. Ein Mitglied, das dies wünscht, bedarf der Genehmigung des Vorstandes. Eine solche Genehmigung ist nicht erforderlich für die Übertragung der Mitgliedschaft auf eine Person, die bereits Mitglied der Genossenschaft ist.
2. Um die in Absatz 1 genannte Genehmigung zu erhalten, muss das Mitglied einen schriftlichen Antrag an den Sekretär der Genossenschaft richten und die vom Sekretär geforderten Informationen vorlegen, die zur Beurteilung des Antragstellers und seiner Familie dienen.
3. Innerhalb von dreißig (30) Tagen nach Eingang des im vorstehenden Absatz genannten Schreibens ist der Sekretär verpflichtet, eine Vorstandssitzung einzuberufen, in der über die Aufnahme des Antragstellers entschieden wird.
4. Die Verweigerung der Aufnahme des Bewerbers als Mitglied der Vereinigung ist nur dann zulässig, wenn es den Mitgliedern nach billigem Ermessen nicht zugemutet werden kann, den Bewerber als Mitglied aufzunehmen.

5. Verweigert der Vorstand seine Zustimmung, so teilt der Sekretär dem Antragsteller diese Verweigerung innerhalb einer Woche nach dem Tag der Sitzung schriftlich mit an dem Mitglied, das die Versetzung beantragt hat, unter Angabe der Gründe für die Ablehnung mitgeteilt werden.
6. Das betreffende Mitglied kann gegen die Ablehnung innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung Beschwerde beim Bezirksgericht von Zeeland-West-Brabant einlegen.
7. Im Falle der Übertragung der Mitgliedschaft für einen Stellplatz nach Genehmigung durch den Vorstand erlischt die Mitgliedschaft für diesen Stellplatz für den Übertragenden durch die Tatsache der Übertragung und die Aufnahme der Person, an die die Übertragung vorgenommen wurde, als Mitglied oder, wenn diese Person bereits Mitglied des Vereins war, durch die bloße Tatsache der Übertragung.
8. Im Falle der Übertragung der Mitgliedschaft wird von der Genossenschaft eine Endabrechnung erstellt.
9. Die Übertragung der Mitgliedschaft und der damit verbundenen Rechte und Pflichten erfolgt durch notarielle oder privatschriftliche Urkunde, die auch die Erklärung des neuen Mitglieds enthält, dass es sich den Bestimmungen der Satzung und der Geschäftsordnung der Genossenschaft unterwirft, und in der der Vorstand erklärt, dass es als Mitglied in die Genossenschaft aufgenommen wird.
Die Kosten der Übertragungsurkunde, einschließlich einer von der Generalversammlung zugunsten der Genossenschaft zu bestimmenden Gebühr für die Verwaltungskosten, gehen zu Lasten desjenigen, auf den die Übertragung erfolgt. Die Höhe dieser Gebühr wird in einem gesonderten Reglement festgelegt.

Überleitung

Übertragung der Mitgliedschaft und/oder der Mitgliedschaftsrechte und -pflichten durch Erbschaftsgutachten im Falle von Heirat, Erbschaft und Vermächtnis

10. Sind infolge des Todes eines Mitglieds mehrere Personen - entweder durch Erbschaft allein oder auch durch Vererbung im Falle der Eheschließung oder durch Vermächtnis an mehrere Personen - in die Rechte aus der Mitgliedschaft des Verstorbenen eingetreten, so sind diese Berechtigten verpflichtet, dafür zu sorgen, dass sich einer von ihnen oder, wenn das verstorbene Mitglied das Recht hatte, mehrere Parzellen zu nutzen, eine höchstens entsprechende Anzahl von ihnen, und im letzteren Fall jeder von ihnen gesondert, innerhalb von sechs Monaten nach dem Tod als Mitglied der Genossenschaft eintragen lässt. Dieser Antrag ist schriftlich an den Sekretär der Genossenschaft zu richten.
11. Wenn der im vorstehenden Absatz genannte Ehegatte und/oder der oder die im vorstehenden Absatz genannten Erben oder Vermächtnisnehmer die mit der beendeten Mitgliedschaft verbundenen Rechte und Pflichten nicht erhalten wollen, sind sie befugt, diese vorbehaltlich der Bestimmungen der Satzung über die Übertragung auf einen Dritten zu übertragen.
12. Die Aufnahme als Mitglied durch den Vorstand der Genossenschaft erfolgt durch notarielle oder privatschriftliche Urkunde unter Beachtung der vorgenannten Bestimmungen über die „Übertragung“. In dieser Urkunde erklärt das neue Mitglied gegenüber der Genossenschaft, dass es an die Satzung und das Reglement der Genossenschaft ohne Vorbehalt gebunden ist.

13. Der Ehegatte des verstorbenen Mitglieds oder ein Blutsverwandter oder angeheirateter Verwandter, der zum Zeitpunkt des Todes des Mitglieds zur Familie des Verstorbenen gehörte, braucht für die Aufnahme als Mitglied im Sinne von Absatz 10 dieses Artikels nicht die Zustimmung des Vorstands einzuholen.
14. Wird die zwischen einem Mitglied und seinem Ehegatten bestehende allgemeine Gütergemeinschaft auf andere Weise als durch den Tod eines der Ehegatten aufgelöst, so wird derjenige von ihnen Mitglied der Genossenschaft, dem die zur ehelichen Gütergemeinschaft gehörende Mitgliedschaft zum Zeitpunkt der Teilung dieser Gütergemeinschaft zugewiesen wurde. Ist die Zuweisung in diesem Fall an den anderen Ehegatten als denjenigen erfolgt, auf dessen Seite die Mitgliedschaft in die Gütergemeinschaft fiel, so wird derjenige, dem die Zuweisung muss sich als Mitglied des Vereins registrieren lassen. Die Eintragung als Mitglied erfolgt, wie oben beschrieben, durch Urkunde. Die Zustimmung des Vorstands ist für eine solche Anmeldung nicht erforderlich.

Ende

15. Die Mitgliedschaft endet durch:
  - a. den Tod des Mitglieds;
ist eine juristische Person Mitglied der Genossenschaft, so endet ihre Mitgliedschaft mit ihrem Erlöschen, es sei denn, dieses Erlöschen ist die Folge einer Verschmelzung oder Spaltung. Im Falle einer Verschmelzung geht die Mitgliedschaft auf die übernehmende juristische Person und im Falle einer Spaltung auf die juristische Person über, die aufgrund der Beschreibung bei der Spaltung für diesen Zweck bestimmt wurde;
  - b. Kündigung durch das Mitglied;
  - c. Kündigung durch die Genossenschaft;
  - d. Ausschluss.
16. Die Beendigung der Mitgliedschaft durch das Mitglied kann nur zum Ende eines Geschäftsjahres unter Einhaltung einer schriftlichen Kündigungsfrist von mindestens einem Monat und unter gleichzeitiger Übertragung der mit der Mitgliedschaft verbundenen Rechte und Pflichten in Bezug auf den betreffenden Stellplatz auf ein Mitglied der Genossenschaft oder auf eine Person, die die Mitgliedschaft beantragt hat und von der Genossenschaft als Mitglied aufgenommen wurde, erfolgen.
17. Die Beendigung der Mitgliedschaft durch die Genossenschaft erfolgt durch den Vorstand durch schriftliche Mitteilung an das Mitglied unter Angabe des Grundes/der Gründe für die Beendigung.
Die Beendigung ist möglich:
  - wenn ein Mitglied die satzungsgemäßen Voraussetzungen für die Mitgliedschaft nicht mehr erfüllt; oder
  - wenn ein Mitglied trotz schriftlicher Mahnung seinen Verpflichtungen gegenüber der Genossenschaft, einschließlich der in dieser Satzung, den Reglements und Versammlungsbeschlüssen festgelegten Verpflichtungen, nicht nachkommt; oder
  - wenn sich ein Mitglied gegenüber den Mitbenützern der Genossenschaft ungebührlich verhält
Genossenschaft
wenn ein Mitglied seine Mitgliedschaftsrechte in einer Weise ausübt, die der Gesamtheit der Genossenschaft schadet;
  - wenn es der Genossenschaft nicht zugemutet werden kann, die Mitgliedschaft fortzusetzen.

Im Kündigungsbeschluss wird auch das Datum der Beendigung der Mitgliedschaft festgelegt. Der Mitgliedsbeitrag für das laufende Jahr bleibt fällig.

18. Der Ausschluss aus der Genossenschaft erfolgt durch den Vorstand durch schriftliche Mitteilung an das Mitglied unter Angabe der Gründe für den Ausschluss. Der Ausschluss ist nur möglich, wenn ein Mitglied gegen die Satzung, die Ordnungen oder die Beschlüsse der Genossenschaft verstößt oder gehandelt hat oder die Genossenschaft unzumutbar schädigt oder geschädigt hat.
Der Ausschluss wird sofort wirksam. Der Mitgliedsbeitrag für das laufende Jahr ist weiterhin zu zahlen.
19. Innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Beschlusses über die Beendigung oder den Ausschluss des Mitglieds kann das Mitglied gegen diesen Beschluss bei der Streitschlichtungsausschuss und sie dort zu verteidigen. Zu diesem Zweck ist der Vorstand verpflichtet, die Streitschlichtungsausschuss innerhalb von vier Wochen nach Eingang der Berufungsmittelung einberufen. Während der Berufungsfrist und bis zum Abschluss des Berufungsverfahrens wird das Mitglied, dessen Mitgliedschaft beendet wurde, suspendiert.
20. Das Erfordernis der Schriftlichkeit einer Kündigung oder eines Ausschlusses ist nicht erfüllt, wenn die Kündigung oder der Ausschluss nur elektronisch übermittelt wird.
21. Wird der Kandidat, der die Mitgliedschaft beantragt hat, weder vom Vorstand noch von der Unterbezirksgericht als Mitglied angenommen, so kann das Mitglied, das seine Mitgliedschaft gekündigt hatte kann das Mitglied, das seine Mitgliedschaft gekündigt hat, verlangen, dass die Rechte, die mit seiner Mitgliedschaft verbunden sind, von der die Genossenschaft zugunsten eines von der Generalversammlung zu bestimmenden Dritten oder eines von der Generalversammlung zu bestimmenden Mitglied, unter der der Generalversammlung, vorbehaltlich der Verpflichtung zur Zahlung des Wertes, der von drei Sachverständigen auf Antrag und auf Kosten des Antragstellers ermittelt wird. Antragstellers ermittelt wird.
22. Unbeschadet seiner Verpflichtung zur Erfüllung seiner Pflichten gegenüber der Genossenschaft ist das ausgeschlossene Mitglied verpflichtet, das Dauerrecht unverzüglich zu räumen oder räumen zu lassen, und zwar zusammen mit seiner gesamten Genossenschaft. Die Genossenschaft veranlasst, dass ein neues Mitglied in die Rechte und Pflichten eintritt Rechte und Pflichten des aus seiner Mitgliedschaft ausgeschiedenen Mitglieds gegen eine im gegenseitigen Einvernehmen festgelegte Gegenleistung gegenseitigen Einvernehmens und, falls kein Einvernehmen erzielt wird, in der im vorstehenden Absatz festgelegten Weise.
23. Die der Genossenschaft entstehenden Kosten, einschließlich der Kosten für Vorladungen, Rechtsbeistand und Rechtsstreitigkeiten, die sich aus dem Versäumnis eines Mitglieds gegenüber der Genossenschaft ergeben, sind von dem betreffenden Mitglied zu tragen.
24. Die Bestimmungen dieses Artikels finden auch Anwendung, wenn die Erben eines verstorbenen Mitglieds die in diesem Artikel genannten Handlungen oder Unterlassungen begehen oder ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

Artikel 6 - Pflichten der Mitglieder

1. Die Mitglieder haften nicht für die Verbindlichkeiten der Genossenschaft

2. Bei der Ausübung ihrer Rechte sind die Mitglieder zur Einhaltung der Satzung und der es-die Regelungen der Genossenschaft.
3. Jedes Mitglied hat das Recht auf Mitbenutzung der Teile der Genossenschaft und der dazugehörigen Grundstücke, die zur gemeinsamen Nutzung bestimmt sind, vorbehaltlich der Verpflichtung, diese Nutzung einzuhalten und ohne das Recht auf Mitbenutzung der anderen Mitglieder der Genossenschaft zu verletzen.
4. Die gemeinschaftliche Nutzung der Genossenschaft und der Gebäude wird durch die Satzung geregelt, die derzeit für die Genossenschaft besteht oder von der Generalversammlung geändert werden kann.
5. Die Mitglieder sind verpflichtet, den ihnen zugewiesenen Stellplatz ordnungsgemäß zu nutzen oder nutzen zu lassen und ihn auf eigene Kosten instand zu halten.
6. Schäden, die der Genossenschaft durch die Nichterfüllung von Verpflichtungen entstehen, gehen zu Lasten des oder der betroffenen Mitglieder und sind von diesen im Namen der Genossenschaft zu bezahlen.
7. Die Mitglieder zahlen einen jährlichen Mitgliedsbeitrag. Die Höhe des Beitrags wird jährlich von der Mitgliederversammlung festgelegt.
8. Die Mitgliederversammlung kann von neuen Mitgliedern Anmeldegebühr erheben. Die Anmeldegebühr ist Teil des Eigenkapitals der Genossenschaft und wird bei Austritt nicht zurückerstattet.
9. Die Mitgliederversammlung kann beschließen, dass der Jahresbeitrag oder die Aufnahmegebühr in Teilen gezahlt werden kann, und kann dies an Bedingungen knüpfen. Ein Beschluss der Mitgliederversammlung über die Erhebung von Einschreibegebühren kann nicht rückwirkend geltend gemacht werden.
Solche Umlagen werden nicht auf die in Absatz 7 dieses Artikels genannte Verbindlichkeit angerechnet.
10. Endet die Mitgliedschaft während des Geschäftsjahres, so bleiben der Mitgliedsbeitrag, die nicht bezahlte Einschreibegebühr und die nicht bezahlten Umlagen gemäß Absatz 7 in voller Höhe fällig.
11. Eine Haftung der Mitglieder oder ehemaligen Mitglieder für einen Fehlbetrag nach Auflösung der Genossenschaft ist ausgeschlossen.
12. Im Falle eines (drohenden) Betriebsdefizits kann die Generalversammlung die Erhebung einer Umlage beschließen, die nach einem von der Generalversammlung festzulegenden Verteilungsschlüssel unter den Mitgliedern zu verteilen ist.
Für diesen Beschluss muss die gleiche Anzahl von Mitgliedern in der Versammlung anwesend oder vertreten sein, und es ist die gleiche Stimmenmehrheit erforderlich wie bei einem Beschluss über eine Satzungsänderung.
Kann der Betrag einer bestimmten Umlage von einem oder mehreren Mitgliedern nicht mehr beigetrieben werden, so haften die übrigen Mitglieder für den fehlenden Betrag jeweils entsprechend ihrem Anteil. Nach einem Beschluss über die Auflösung der Genossenschaft können keine weiteren Umlagen erhoben werden.

Artikel 7 - Verwaltungsrat: Zusammensetzung und Ernennung

1. Die Genossenschaft wird von einem Vorstand geleitet, der aus mindestens drei und höchstens fünf natürlichen Personen besteht.

Die Generalversammlung bestimmt die Anzahl der Vorstandsmitglieder.
Der Vorstand besteht aus einem Vorsitzenden, einem Sekretär und einem Schatzmeister.
Der Vorstand regelt die Verteilung der Aufgaben selbst. Der Vorsitzende leitet den Vorstand.
Die Funktionen des Sekretärs und des Schatzmeisters können in einer Person vereint werden
vereinigt werden.

Ein unvollständiger Vorstand behält seine Befugnisse.

Der Vorstand sorgt dafür, dass die Mitgliederversammlung die frei gewordenen Posten so
schnell wie möglich besetzen kann.

2. Die Mitgliederversammlung ernennt die Vorstandsmitglieder. Sie werden auf unbestimmte
Zeit ernannt - unter Benennung einer von ihnen auszuübenden Funktion - und von der
Generalversammlung suspendiert und entlassen.

Die Ernennung erfolgt durch einen Beschluss, der von der Mehrheit der abgegebenen
Stimmen.

Die Ernennung des Vorsitzenden erfolgt durch die Mitglieder der Genossenschaft oder durch
die Direktoren der juristischen Personen, die Mitglieder der Genossenschaft sind. Die
anderen Direktoren können von außerhalb der Mitglieder ernannt werden.

Mitglieder, die bei der Genossenschaft angestellt sind, und Geschäftsführer von juristischen
Personen, die organisatorisch mit der Genossenschaft verbunden sind, können nicht dem
Vorstand angehören. Diese Mitglieder können auch nicht dem Beratenden Ausschuss, dem
Wahlausschuss und dem Streitbeilegungsausschuss angehören.

3. Wird ein Sitz im Verwaltungsrat frei, so schlägt der Verwaltungsrat für jeden zu besetzenden
Posten einen Kandidaten zur Ernennung durch die Mitgliederversammlung vor; spätestens
fünf Tage vor dieser Versammlung können dem Verwaltungsrat Gegenkandidaten vorgelegt
werden, sofern diese von mindestens drei Mitgliedern unterstützt werden

4. a. Die Mitglieder des Verwaltungsrats treten nach einem vom Verwaltungsrat
aufzustellenden Zeitplan zurück. Direktor, der turnusmäßig ausscheidet, kann sofort
wieder ernannt werden.
b. Wird ein Mitglied des Verwaltungsrats für ein zwischenzeitlich vakantes Amt ernannt,
so tritt es an die Stelle der Person, in deren Er nimmt den Platz der Person ein, für
deren Vakanz er ernannt wurde.

5. Bei Abwesenheit oder Handlungsunfähigkeit eines oder mehrerer Geschäftsführer
übernehmen die verbleibenden Geschäftsführer oder der einzige verbleibende
Geschäftsführer vorübergehend die Geschäftsführung.
Sind alle Geschäftsführer abwesend oder handlungsunfähig, so wird die Geschäftsführung
vorübergehend von einer Person wahrgenommen, die von der Generalversammlung zu
diesem Zweck auf unbestimmte Zeit bestimmt wird. Unter Handlungsunfähigkeit ist in jedem
Fall die Suspendierung zu verstehen sowie der Fall, dass aus irgendeinem Grund während
eines ununterbrochenen Zeitraums von mindestens zweiundsiebzig Stunden durch die
Genossenschaft ein
ein Mitgeschäftsführer oder ein Mitglied nicht von einem Geschäftsführer kontaktiert werden
kann, sofern die Hauptversammlung eine andere Frist beschließen kann.

Artikel 8 - Verwaltungsrat: Beendigung des Mandats, Aussetzung

1. Eine Vorstandsmitgliedschaft endet:
- durch Rücktritt eines Vorstandsmitglieds;

- durch Ablauf der Amtszeit, für die das Verwaltungsratsmitglied ernannt wurde;
  - durch den Tod eines Vorstandsmitglieds;
  - wenn ein Organmitglied unter Vormundschaft gestellt wird oder sein gesamtes Vermögen;
  - im Falle des Vorsitzenden, wenn das Vorstandsmitglied nicht mehr Mitglied der Genossenschaft ist; in diesem Fall kann der Vorsitzende eine andere Funktion im Vorstand ausüben;
  - durch Abberufung des Vorstandsmitglieds aufgrund eines Beschlusses der Generalversammlung durch einen Beschluss der Generalversammlung mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen;
  - wenn das Vorstandsmitglied für insolvent erklärt wird, einen Vergleich im Rahmen der Umschuldungsregelung für natürliche Personen auf ihn Anwendung findet für anwendbar erklärt wird oder er einen Zahlungsaufschub erhält.
2. Ein Vorstandsmitglied kann jederzeit von der Mitgliederversammlung suspendiert werden. Die Suspendierung erfolgt durch einen Beschluss, der mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln (2/3) der abgegebenen Stimmen gefasst wird. Die Aussetzung darf drei Monate nicht überschreiten und kann von der Hauptversammlung einmal um diesen Zeitraum verlängert werden. Erfolgt während der Suspendierung kein Rücktritt, so endet die Suspendierung mit Ablauf der Frist. Das Verwaltungsratsmitglied erhält Gelegenheit, sich in der betreffenden Hauptversammlung zu rechtfertigen, und kann sich dabei von einem Rechtsbeistand unterstützen lassen.

Artikel 9 - Verwaltungsrat: Einberufung, Sitzungen, Beschlussfassung

1. Jedes Verwaltungsratsmitglied ist befugt, eine Sitzung des Verwaltungsrats einzuberufen.
2. Die Einberufung von Sitzungen des Verwaltungsrats erfolgt schriftlich unter Einhaltung einer Frist von mindestens acht (8) Tagen unter Angabe von Tag, Beginn und Ort der Sitzung sowie die zu behandelnden Themen (Tagesordnung). Der Direktor kann zu den Sitzungen des Verwaltungsrats einberufen werden durch eine lesbare und vervielfältigbare Mitteilung, die auf elektronischem Wege an seine Adresse geschickt wird.
3. Die Sitzungen des Verwaltungsrats finden an einem Ort statt, der von demjenigen, der die Sitzung einberuft, bestimmt wird.
4. Wird gegen eine der Bestimmungen der beiden vorstehenden Absätze verstoßen, so kann der Verwaltungsrat dennoch gültige Beschlüsse fassen, wenn alle Verwaltungsratsmitglieder in der Sitzung anwesend oder vertreten sind.
5. Ein Vorstandsmitglied kann einem anderen Vorstandsmitglied eine schriftliche Vollmacht erteilen, sich in der Sitzung vertreten zu lassen. Eine elektronisch aufgezeichnete Vollmacht zählt wie eine schriftliche Vollmacht.

Ein Vorstandsmitglied kann nur ein anderes Vorstandsmitglied in der Sitzung vertreten. Wenn in der Einberufung angegeben, ist jedes stimmberechtigte Vorstandsmitglied berechtigt mittels eines elektronischen Kommunikationsmittels an der Sitzung teilzunehmen, in der Sitzung zu sprechen und an der Sitzung teilzunehmen, dort das Wort zu ergreifen und das Stimmrecht auszuüben, vorausgesetzt, dass das stimmberechtigte Mitglied über das elektronische Kommunikationsmittel sein kann identifiziert wurden, können die Beratungen in der Sitzung direkt beobachten und kann sich an den Beratungen beteiligen.

Wenn die elektronische Teilnahme eines stimmberechtigten Mitglieds aus technischen Gründen unterbrochen wird technischen Gründen unterbrochen wird, berührt dies nicht die Gültigkeit der

Beschlussfassung in der Sitzung.

6. In den Vorstandssitzungen hat jedes Vorstandsmitglied eine Stimme. Soweit diese Satzung nicht eine größere Mehrheit vorschreibt, werden die Beschlüsse des Verwaltungsrats mit der absoluten Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst.
7. Ein Mitglied oder ein Mieter, der bei der Genossenschaft beschäftigt ist, kann nicht Mitglied des Vorstands sein.
8. Ein Vorstandsmitglied darf nicht an Beratungen und Beschlüssen teilnehmen, wenn es daran ein direktes oder indirektes persönliches Interesse hat, das im Widerspruch zu den Interessen der Genossenschaft und der mit ihr verbundenen Unternehmen oder Organisationen steht. Kann infolgedessen kein Vorstandsbeschluss gefasst werden, so wird die Entscheidung von der Generalversammlung getroffen.

Artikel 10 - Verwaltungsrat: Durchführung von Sitzungen, Protokolle, Beschlussfassung außerhalb von Sitzungen

1. Der Vorsitzende führt den Vorsitz in den Sitzungen des Verwaltungsrats; bei seiner Abwesenheit übernimmt die Sitzung selbst die Leitung.
2. Der Vorsitzende der Sitzung bestimmt die Art und Weise der Abstimmung in der Sitzung.
3. Die in der Sitzung vom Sitzungsleiter geäußerte Meinung über das Ergebnis einer Abstimmung ist entscheidend.
Das gleiche gilt für den Inhalt eines gefassten Beschlusses, soweit über einen nicht schriftlich niedergelegten Vorschlag abgestimmt worden ist. Wird die Richtigkeit der Stellungnahme des Versammlungsleiters unmittelbar nach ihrer Abgabe bestritten, so ist erneut abzustimmen, wenn die Mehrheit der Versammlung oder, wenn die ursprüngliche Abstimmung nicht namentlich oder schriftlich erfolgt ist, ein stimmberechtigter Anwesender dies verlangt. Durch diese erneute Abstimmung werden die Rechtsfolgen der ursprünglichen Abstimmung aufgehoben.
4. Über die Sitzungen des Verwaltungsrats wird vom Sekretär oder einer vom Sitzungsvorsitzenden zu diesem Zweck benannten Person ein Protokoll angefertigt. Nach seiner Annahme wird das Protokoll vom Vorsitzenden und vom Sekretär der Sitzung (elektronisch) unterzeichnet.
5. Der Verwaltungsrat kann auch außerhalb einer Sitzung Beschlüsse fassen, wenn sich alle Verwaltungsratsmitglieder schriftlich für den Vorschlag ausgesprochen haben. Zu einer schriftlichen Erklärung gehört auch eine lesbare und reproduzierbare Mitteilung, die auf elektronischem Wege an die vom Verwaltungsrat zu diesem Zweck festgelegte und allen Verwaltungsratsmitgliedern zur Kenntnis gebrachte Adresse geschickt wird.

Artikel 11 - Verwaltungsrat: Aufgaben und Befugnisse

1. Der Vorstand ist mit der Leitung der Genossenschaft beauftragt. Jedes Vorstandsmitglied ist

gegenüber der Genossenschaft verpflichtet, seine Aufgaben ordnungsgemäß zu erfüllen. Der Vorstand ist verpflichtet, Aufzeichnungen über die Finanzlage der Genossenschaft und über alles, was mit der Tätigkeit der Genossenschaft zusammenhängt, gemäß den sich aus dieser Tätigkeit ergebenden Anforderungen zu führen und die Bücher, Unterlagen und sonstigen Datenträger so aufzubewahren, dass die Rechte und Pflichten der Genossenschaft jederzeit bekannt sind. Der Vorstand ist verpflichtet, die genannten Bücher, Unterlagen und sonstigen Datenträger sieben Jahre lang aufzubewahren.

2. Die Generalversammlung kann Beschlüsse des Vorstandes, die genau zu bezeichnen sind, durch einen entsprechenden Beschluss von ihrer Zustimmung abhängig machen. Ein solcher Beschluss der Mitgliederversammlung ist dem Vorstand unverzüglich mitzuteilen. Das Fehlen einer solchen Zustimmung kann Dritten gegenüber nicht geltend gemacht werden.

Artikel 12 – Vertretung

1. Zur Vertretung der Genossenschaft sind befugt:
  - der gesamte Vorstand gemeinsam;
  - zwei gemeinsam handelnde Vorstandsmitglieder, von denen mindestens eines der Vorsitzende, der Sekretär oder der Schatzmeister sein muss.Ein einzelnes Vorstandsmitglied kann die Genossenschaft nicht vertreten, es sei denn, der Vorstand besteht aus einem Vorstandsmitglied.
2. Der Vorstand kann ferner beschließen, einem oder mehreren Vorstandsmitgliedern und/oder anderen Personen, die sowohl gemeinsam als auch einzeln handeln, eine beiläufige oder ständige Vollmacht zu erteilen, um die Genossenschaft im Rahmen einer solchen Vollmacht zu vertreten.

Artikel 13 - Haushaltsjahr, Berichterstattung und Rechenschaftspflicht

1. Das Haushaltsjahr fällt mit dem Kalenderjahr zusammen.
2. Der Vorstand erstellt jährlich innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahres, sofern diese Frist nicht aufgrund besonderer Umstände von der Generalversammlung um höchstens vier Monate verlängert wird, einen Jahresabschluss und legt diesen in den Geschäftsräumen der Genossenschaft zur Einsichtnahme durch die Mitglieder aus. Innerhalb dieser Frist legt der Vorstand auch den Geschäftsbericht zur Einsichtnahme durch die Mitglieder aus, sofern nicht Artikel 2:395a Absatz 6, 2:396 Absatz 7, 2:403 oder 2:58 Absatz 5 des niederländischen Bürgerlichen Gesetzbuchs auf die Genossenschaft Anwendung finden. Die Mitglieder können die in diesem Absatz genannten Unterlagen spätestens am Tag der Einberufung der in Absatz 7 dieses Artikels genannten Generalversammlung in der Geschäftsstelle der Genossenschaft einsehen und kostenlos eine Kopie erhalten.
3. Der erstellte Jahresabschluss ist von den Direktoren zu unterzeichnen. Fehlt die Unterschrift eines oder mehrerer von ihnen, so ist dies anzugeben und zu begründen.
4. Die Generalversammlung beauftragt einen Wirtschaftsprüfer oder einen anderen Sachverständigen im Sinne von Artikel 2:393 des Bürgerlichen Gesetzbuchs oder eine Organisation,

in der solche Sachverständigen zusammenarbeiten, mit der Prüfung des aufgestellten Jahresabschlusses. Unterlässt die Generalversammlung dies, so ist der Vorstand verpflichtet, den Auftrag zu erteilen. Die Generalversammlung kann den Auftrag jederzeit zurückziehen und einen anderen Sachverständigen beauftragen.

5. Der Sachverständige erstattet dem Vorstand und der Mitgliederversammlung Bericht über seine Untersuchung. Der Sachverständige legt die Ergebnisse seiner Untersuchung in einer Stellungnahme dar.
6. In den Fällen, in denen das Gesetz dies zulässt, kann die in Absatz 4 vorgesehene Erlaubnis erteilt werden.

Wird der Hauptversammlung keine Bescheinigung gemäß Absatz 5 dieses Artikels über die Ordnungsmäßigkeit der Unterlagen vorgelegt, so werden die jährlichen Unterlagen vor der Hauptversammlung gemäß Absatz 7 dieses Artikels von einem Prüfungsausschuss geprüft, der aus mindestens zwei von der Hauptversammlung zu ernennenden Mitgliedern besteht, die nicht dem Vorstand angehören dürfen. Ein Mitglied des Prüfungsausschusses darf nicht länger als zwei aufeinander folgende Jahre dem Prüfungsausschuss angehören.

Der Vorstand ist verpflichtet, dem Kassenprüfungsausschuss Einsicht in den gesamten Jahresabschluss und die dazugehörigen Unterlagen zu gewähren und alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Wenn der Kassenprüfungsausschuss es für die ordnungsgemäße Erfüllung seiner Aufgabe für erforderlich hält, kann er sich von einem externen Sachverständigen unterstützen lassen.

Der Kassenprüfungsausschuss erstattet der Hauptversammlung Bericht über seine Prüfung und gibt eine Empfehlung ab, ob der Jahresabschluss zu billigen ist oder nicht.

7. Der Jahresabschluss wird von der vom Vorstand einberufenen Mitgliederversammlung spätestens einen Monat nach Ablauf des in Absatz 2 dieses Artikels genannten Zeitraums festgestellt.

Nach Behandlung des Vorschlags zur Feststellung des Jahresabschlusses wird der Generalversammlung vorgeschlagen, den Mitgliedern des Verwaltungsrats für die von ihnen in dem betreffenden Geschäftsjahr verfolgte Politik Entlastung zu erteilen, soweit diese Politik aus dem Jahresabschluss oder dem Lagebericht ersichtlich ist oder der Generalversammlung bekannt gemacht wurde.

Artikel 14 - Die Generalversammlung: Befugnisse und Jahresversammlung

1. Die Generalversammlung hat alle Befugnisse in der Genossenschaft, die nicht durch Gesetz oder Satzung dem Vorstand zugewiesen sind.
2. (Die in Artikel 13 Absatz 7 genannte Generalversammlung - die Jahresversammlung - findet alljährlich spätestens sechs Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres statt. Auf der Jahreshauptversammlung werden unter anderem folgende Punkte behandelt
  - a. den Bericht des Vorstands über das abgelaufene Geschäftsjahr;
  - b. den Vorschlag, den Jahresabschluss für das abgelaufene Geschäftsjahr zu genehmigen oder nicht;
  - c. den Vorschlag zur Entlastung des Verwaltungsrats;
  - d. die Ernennung eines Sachverständigen oder der Mitglieder des Prüfungsausschusses für das neue Geschäftsjahr;
  - e. die Ernennung von Verwaltungsratsmitgliedern, wenn ein Posten im Verwaltungsrat frei ist; und

- f. die in der Einberufung angekündigten Vorschläge des Vorstands oder der Mitglieder.
3. Spätestens einen Monat vor Ablauf des Geschäftsjahres legt der Vorstand den Haushaltsplan für das nächste Geschäftsjahr zur Einsichtnahme durch die Mitglieder vor.

Artikel 15 - Die Generalversammlung: Einberufung

1. Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstand einberufen.
Mehrere Mitglieder, die zusammen mindestens ein Zehntel der Stimmen auf sich vereinigen können, können innerhalb von vier Wochen nach Eingang des Antrags schriftlich beim Vorstand die Einberufung einer Mitgliederversammlung beantragen. Hat der Vorstand nicht innerhalb von vierzehn Tagen nach Eingang des Antrags zu der Versammlung eingeladen, so können die Antragsteller selbst die Versammlung einberufen.
Das im vorstehenden Absatz genannte Erfordernis der Schriftlichkeit des Antrags ist auch erfüllt, wenn der Antrag elektronisch erfasst wird.
2. Die Einberufung der Hauptversammlung erfolgt durch folgende Mittel:
- eine schriftliche Mitteilung an die Adressen der Mitglieder gemäß dem Mitgliederverzeichnis
Wenn ein Mitglied zustimmt, kann die Einberufung auch durch eine lesbare und reproduzierbare Nachricht erfolgen, die auf elektronischem Wege an die von dem Mitglied zu diesem Zweck mitgeteilte Adresse geschickt wird. Das Erfordernis der schriftlichen Mitteilung des Antrags nach diesem Absatz ist auch erfüllt, wenn der Antrag elektronisch erfasst wird.
3. Die Einberufungsfrist beträgt mindestens vierzehn Tage, wobei der Tag der Einberufung und der Tag der Versammlung nicht mitgerechnet werden.
4. Die Einberufung enthält neben Ort, Datum und Uhrzeit der Sitzung eine Tagesordnung mit Angabe der zu behandelnden Themen.
5. Ist die Einberufung der Hauptversammlung nicht ordnungsgemäß erfolgt, kann die Hauptversammlung dennoch einen rechtsgültigen Beschluss fassen, wenn die Bestimmungen des ersten Satzes dieses Absatzes entsprechend gelten für der Vorstand von diesem Beschluss Kenntnis hat und dieser Beschluss einstimmig gefasst wird
Beschlussfassung durch die Mitgliederversammlung bei der Behandlung von Themen, die die nicht in der Tagesordnung aufgeführt sind.
6. Ein Mitglied kann einem anderen Mitglied eine schriftliche Vollmacht erteilen, sich in der Versammlung vertreten zu lassen
sich in der Versammlung vertreten zu lassen. Eine elektronisch aufgezeichnete Vollmacht gilt als eine schriftliche Vollmacht
7. Ein Mitglied kann höchstens zwei andere Mitglieder in der Versammlung vertreten.

Artikel 16 - Die Generalversammlung: Zugang und Stimmrecht

1. Zur Generalversammlung zugelassen sind alle nicht suspendierten Mitglieder des Vorstands und der Genossenschaft. Die Generalversammlung kann auch beschließen, andere Personen zur (teilweisen) Teilnahme an der Sitzung zuzulassen. Suspendierte Mitglieder und Mitglieder, deren Mitgliedschaft beendet wurde oder die von der Mitgliedschaft ausgeschlossen wurden, haben Zugang zu dem Teil der Versammlung, in dem der Einspruch gegen die Suspendierung, die Beendigung oder den Ausschluss behandelt werden soll.
2. **Jedes ordentliche Mitglied hat mindestens eine Stimme.**
oder

Die Anzahl der Stimmen wird wie folgt festgelegt: Ein Mitglied mit mehreren Stellplätzen hat für jeden Stellplatz eine Stimme.

Ein suspendiertes Mitglied hat kein Stimmrecht.

3. Ein stimmberechtigtes Mitglied kann ein anderes stimmberechtigtes Mitglied bevollmächtigen, in seinem Namen abzustimmen.
Diese Vollmacht muss schriftlich erteilt und dem Vorstand vor der Abstimmung vorgelegt werden. Eine elektronisch aufgezeichnete Vollmacht ist genauso gültig wie eine schriftliche Vollmacht. Der Vorstand kann Anforderungen für schriftliche und elektronische Vollmachten aufstellen. Ein Mitglied kann nicht mehr als zwei andere Mitglieder vertreten.
4. Der Vorstand hat in der Mitgliederversammlung eine beratende Stimme.

Artikel 17 - Die Generalversammlung: Beschlussfassung

1. Soweit in diesen Statuten nichts anderes bestimmt ist, werden Beschlüsse mit der absoluten Mehrheit der Stimmen der anwesenden und vertretenen Mitglieder gefasst, unabhängig von deren Anzahl.
Leere und ungültige Stimmen zählen nicht für die Beschlussfassung, wohl aber für die Feststellung des in diesen Statuten vorgeschriebenen Quorums.
2. Die in der Versammlung geäußerte Meinung des Vorsitzenden über das Ergebnis einer Abstimmung ist maßgebend. Das gleiche gilt für den Inhalt eines gefassten Beschlusses, soweit über einen nicht schriftlich niedergelegten Vorschlag abgestimmt wurde. Wird die Richtigkeit der Stellungnahme des Vorsitzenden unmittelbar nach ihrer Verkündung bestritten, so ist erneut abzustimmen, wenn die Mehrheit der Versammlung oder, wenn die ursprüngliche Abstimmung nicht namentlich oder schriftlich erfolgte, eine anwesende stimmberechtigte Person dies verlangt. Durch diese erneute Abstimmung werden die Rechtsfolgen der ursprünglichen Abstimmung aufgehoben.
3. Wird bei der Abstimmung über die Wahl von Personen im ersten Wahlgang keine Mehrheit erreicht, so findet ein neuer Wahlgang statt. Wird auch dann keine Mehrheit erreicht, so entscheidet eine Zwischenabstimmung darüber, zwischen welchen Personen die erneute Abstimmung erfolgen soll. Bei Stimmgleichheit bei der Wahl von Personen entscheidet das Los.
4. Ergibt sich bei einem Vorschlag, der nicht die Wahl von Personen betrifft, Stimmgleichheit, so ist der Vorschlag abgelehnt.
5. Alle Stimmen Fragen im Zusammenhang mit der Feststellung durch Handzeichen Ort, es sei denn, der Vorsitzende oder zumindest ein Mitglied vor der Abstimmung darauf verzichten oder zu erkennen geben, dass sie eine schriftliche Abstimmung wünschen. Die schriftliche Abstimmung erfolgt durch nicht unterzeichnete, versiegelte Stimmzettel. Eine Beschlussfassung durch Zuruf ist möglich, es sei denn, ein Mitglied beantragt eine namentliche Abstimmung. Ein stimmberechtigtes Mitglied kann sein Stimmrecht auch mittels eines elektronischen Kommunikationsmittels ausüben, sofern das stimmberechtigte Mitglied über das elektronische Kommunikationsmittel identifizierbar ist, das Sitzungsgeschehen unmittelbar zur Kenntnis nehmen und das Stimmrecht ausüben kann.
Darüber hinaus muss der Stimmberechtigte über das elektronische Kommunikationsmittel an den Beratungen teilnehmen können.
Der Vorstand kann die Nutzung der elektronischen Kommunikationsmittel an Bedingungen knüpfen. Diese Bedingungen werden in der Einberufung der Sitzung bekannt gegeben.
Wenn die elektronische Teilnahme eines stimmberechtigten Mitglieds aus technischen Gründen unterbrochen wird, hat dies keinen Einfluss auf die Gültigkeit der Beschlussfassung in der Sitzung.

6. Ein Abstimmungsbeschluss aller Mitglieder, auch wenn er nicht in einer Sitzung gefasst wurde, hat die gleiche Wirkung wie ein Beschluss der Mitgliederversammlung, wenn er mit vorheriger Kenntnis des Vorstands gefasst wurde.
7. Sind in einer Versammlung alle Mitglieder anwesend oder vertreten, so können - sofern sie einstimmig gefasst werden - über alle zur Beratung anstehenden Gegenstände gültige Beschlüsse gefasst werden, auch wenn der Gegenstand in der Einberufung nicht oder nicht in der vorgeschriebenen Weise angekündigt worden ist oder die Einberufung nicht rechtswirksam erfolgt ist.

Artikel 18 - Die Generalversammlung: Leitung und Protokoll

1. Den Vorsitz in der Mitgliederversammlung führt der Vorsitzende.
Ist der Vorsitzende abwesend, ernennt der Vorstand ein anderes Vorstandsmitglied zum Versammlungsleiter. Ist der Vorsitz auch auf diese Weise nicht vorgesehen, so bestimmt die Versammlung selbst ihren Vorsitz.
2. Über den Verlauf jeder Sitzung wird vom Sekretär oder einer anderen vom Sitzungsvorsitzenden zu diesem Zweck bestimmten Person ein Protokoll angefertigt, das vom Vorsitzenden und dem Protokollführer geführt wird nach Annahme durch die ALV durch Unterschrift festgestellt werden.

Artikel 19 – Winst

1. Mindestens ein Viertel des Gewinns wird der allgemeinen Rücklage zugeführt.
2. Sofern die Generalversammlung nichts anderes beschließt, werden keine Ausschüttungen an die Mitglieder. Der Beschluss über eine solche Verwendung bedarf einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln (2/3) der abgegebenen Stimmen.
Bei dieser Versammlung müssen mindestens zwei Drittel (2/3) der Mitglieder anwesend oder vertreten sein.
3. Auf Vorschlag des Vorstandes kann die Mitgliederversammlung den Gewinn einem besonderen Zweck zuweisen. Der Beschluss über eine solche Verwendung bedarf einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln (2/3) der abgegebenen Stimmen

Artikel 20 – Satzungsänderungen

1. Die Satzung der Genossenschaft kann durch einen Beschluss der Generalversammlung geändert werden. Wenn der Generalversammlung ein Vorschlag zur Änderung der Satzung unterbreitet wird, muss dies stets in der Einberufung der Generalversammlung angegeben werden.
2. Diejenigen, die die Einberufung der Hauptversammlung zur Erörterung eines Vorschlags zur Satzungsänderung vorgenommen haben, müssen mindestens fünf Tage vor der Versammlung eine Kopie dieses Vorschlags, in dem die vorgeschlagene Änderung wörtlich enthalten ist, an geeigneter Stelle zur Einsichtnahme durch die Mitglieder bereithalten. Dieses Exemplar muss bis zum Ende des Tages, an dem die Versammlung stattfindet, zur Einsichtnahme bereitgehalten werden.
3. Ein Beschluß zur Änderung der Satzung muß mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln (2/3) der abgegebenen Stimmen gefaßt werden.
Bei dieser Versammlung müssen mindestens zwei Drittel (2/3) der Mitglieder anwesend oder vertreten sein.
Ist die erforderliche Anzahl von Mitgliedern nicht anwesend oder vertreten, ist eine neue

Es wird eine neue Mitgliederversammlung einberufen, in der der Beschluss mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln (2/3) der abgegebenen Stimmen gefasst werden kann, unabhängig von der Zahl der in der Versammlung anwesenden oder vertretenen Mitglieder. In der Einberufung der neuen Versammlung muss darauf hingewiesen werden, dass und warum ein Beschluss unabhängig von der Zahl der anwesenden oder vertretenen Mitglieder gefasst werden kann.

Die zweite vorgenannte Versammlung findet frühestens zwei (2) Wochen und spätestens vier (4) Wochen nach der ersten Versammlung statt.

1. Eine Satzungsänderung wird unmittelbar nach ihrer notariellen Beurkundung mindestens zwei Vorstandsmitglieder sind befugt, eine Satzungsänderung in einer notariellen Urkunde zu beurkunden.

Eine beglaubigte Abschrift der Änderungsurkunde und ein fortlaufender Text der geänderten Satzung müssen beim Handelsregister hinterlegt werden.

Artikel 21 - Verschmelzung, Spaltung, Umwandlung

Auf einen Beschluss der Generalversammlung zur Verschmelzung oder Abspaltung im Sinne von Titel 7 des Buches 2 des niederländischen Bürgerlichen Gesetzbuches und auf einen Beschluss der Generalversammlung zur Umwandlung der Genossenschaft in eine andere Rechtsform gemäß Artikel 2:18 des niederländischen Bürgerlichen Gesetzbuches sind die Bestimmungen des vorstehenden Artikels unbeschadet der gesetzlichen Vorschriften so weit wie möglich sinngemäß anzuwenden.

Artikel 22 – Auflösung

1. Die Genossenschaft kann durch einen Beschluss der Generalversammlung aufgelöst werden. Für den Auflösungsbeschluss gelten die Bestimmungen dieser Satzung über den Beschluss zur Satzungsänderung entsprechend.

Der Auflösungsbeschluss regelt die Verwendung eines etwaigen Liquidationsüberschusses. Verfügt die Genossenschaft zum Zeitpunkt ihrer Auflösung über kein Vermögen mehr, so hört sie auf zu bestehen. In diesem Fall meldet der Vorstand dies dem Handelsregister. Die Bücher und Unterlagen der aufgelösten Genossenschaft verbleiben für den gesetzlich vorgeschriebenen Zeitraum nach Beendigung des Bestehens der Genossenschaft in der Obhut der vom Vorstand im Auflösungsbeschluss benannten Person. Innerhalb von acht Tagen nach Beginn seiner Verwahrungspflicht hat der benannte Verwahrer dem Handelsregister seinen Namen und seine Anschrift mitzuteilen.

2. Die Genossenschaft wird auch aufgelöst durch:
  - Zahlungsunfähigkeit, nachdem die Genossenschaft für insolvent erklärt wurde, oder durch Aufhebung des Konkurses aufgrund des Zustands der Masse;
  - durch einen entsprechenden Gerichtsbeschluss in den gesetzlich festgelegten Fällen.

Artikel 23 – Abrechnung

1. Der Vorstand wird mit der Liquidation des Vermögens der Genossenschaft beauftragt, sofern durch den Auflösungsbeschluss kein(e) andere(r) Liquidator(en) ernannt wurde(n).

2. Nach dem Auflösungsbeschluss befindet sich die Genossenschaft in Liquidation. Die Genossenschaft besteht nach ihrer Auflösung weiter, wenn und soweit dies für die Liquidation ihres Vermögens erforderlich ist.

Während der Liquidation bleiben die Bestimmungen der Satzung, soweit möglich und notwendig, in Kraft.

In den von der Genossenschaft ausgehenden Dokumenten und Bekanntmachungen ist der Zusatz "in Liquidation" zu verwenden der Name der Genossenschaft hinzugefügt werden.

3. Ein nach der Liquidation verbleibender Überschuss wird nach Maßgabe des Auflösungsbeschlusses zugewiesen. In Ermangelung eines solchen Beschlusses wird der Überschuss nach Maßgabe des Gesetzes an die Mitglieder verteilt.

Die Liquidation ist beendet, wenn den Liquidatoren kein Vermögen mehr bekannt ist. Bei der Liquidation hört die Genossenschaft zum Zeitpunkt der Beendigung der Liquidation auf zu existieren. Die Liquidatoren melden dies dem Handelsregister an.

Artikel 24 – Reglementen

1. Die Mitgliederversammlung kann eine oder mehrere Satzungen erlassen.
2. Die Geschäftsordnung kann weitere Bestimmungen enthalten, unter anderem über die Mitgliedschaft, die Aufnahme neuer Mitglieder, die Mitgliedsbeiträge, die Tätigkeit des Vorstands, der Arbeitsgruppen oder Ausschüsse und die Sitzungen.

Ein Reglement darf nicht gegen das Gesetz oder die Statuten verstossen und darf keine Bestimmungen enthalten, die in den Statuten geregelt werden sollten.

Artikel 25 - Wahlausschuss, Schlichtungsausschuss und Beratender Ausschuss

1. Die Genossenschaft hat einen Wahlausschuss, einen Streitschlichtungsausschuss und einen Beratenden Ausschuss. Die Mitglieder dieser Ausschüsse werden von der Generalversammlung ernannt.
2. Die Zusammensetzung, die Arbeitsweise und die Befugnisse dieser Ausschüsse werden durch ein Reglement näher geregelt.
3. Die Mitglieder der genannten Ausschüsse dürfen weder dem Vorstand angehören noch in einem Arbeitsverhältnis zur Genossenschaft stehen.

SCHLUSSERKLÄRUNGEN

Schließlich erklären die Erschienenen:

WAHL DES WOHNSTIZES

Die Parteien wählen als Gerichtsstand für alle Angelegenheiten im Zusammenhang mit dieser Urkunde den Sitz des Verwahrers dieser Urkunde.

ANHÄNGE

Das folgende Dokument ist dieser Urkunde beigelegt:

- Beschluss zur Änderung des Gesellschaftsvertrags. ----- WARUM, wurde in Zierikzee, Gemeinde Schouwen-Duiveland, an dem in der Überschrift dieser Urkunde angegebenen Datum ausgefertigt.

Die erschienenen Personen sind mir als Notar bekannt.

Der Inhalt der Urkunde wurde den erschienenen Personen mitgeteilt und erläutert.

Die Erschienenen haben erklärt, dass sie keine vollständige Verlesung der Urkunde wünschen, dass sie rechtzeitig vor der Ausfertigung einen Entwurf der Urkunde erhalten haben, dass sie den Inhalt der Urkunde zur Kenntnis genommen haben und mit dem Inhalt einverstanden sind.

Diese Urkunde wurde in eingeschränkter Schrift vorgelesen und unmittelbar danach zuerst von den Erschienenen und dann von mir, dem Notar, unterzeichnet.